

E-Democracy und Massenmedien

Eine zentrale Rolle bei der Informations- und Kommunikationsgestaltung und -entwicklung nehmen die Medien in ihren vielfältigsten Formen ein. Sie beeinflussen die Organisation der demokratischen Strukturen, sie bestimmen den Dialog zwischen BürgerInnen und Politik, sie sind die wesentlichen meinungsbildenden Informationsträger. Ohne Medien gibt es keine anhaltende, stabile Kommunikation zwischen den politischen AkteurInnen und den BürgerInnen.

In dieser verdichteten Kommunikation haben die Entwicklung hin zur „Mediengesellschaft“ und die zunehmende Ökonomisierung Rückwirkungen auf die demokratiepolitischen Prozesse. Regeln und Gesetzmäßigkeiten der Medien bestimmen somit auch die Regeln in der Politik und umgekehrt. Wie funktionieren also die Medien und wie haben sie sich entwickelt? Wer nutzt sie wie und welchen Machtfaktor stellen sie selbst dar?

Medienmacht – Medienkonzentration

Wir leben in einer Mediengesellschaft, die den eigenen Gesetzen des Medienmarktes folgt (folgen muss). Die Ökonomisierung der Medienlandschaft ist ein globales Phänomen, Österreich stellt hinsichtlich der Dichte der Medienkonzentration – zumindest im europäischen Vergleich – jedoch nach wie vor einen Sonderfall dar.

Gab es zu Beginn der Herausbildung der Mediensysteme in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Aufhebung der Vorzensur ein differenziertes mediales Angebot an

Zeitungen, Zeitschriften und Wochenmagazinen, so kann man in Österreich in der Zweiten Republik ein Zeitungssterben und eine „zunehmende Marktdurchdringung“ der wenigen Boulevardblätter, insbesondere des Massenblattes „Neue Kronen Zeitung“, beobachten.¹ Österreichs Presselandschaft stellt sich heute, auch im europäischen Kontext, nach wie vor als Land mit geringer Medienvielfalt und einem hohen Grad an ökonomischer Konzentration dar.

Medien und Öffentlichkeit

Historisch gesehen geht die Entstehung westlicher Demokratien mit der Entstehung von Öffentlichkeit einher. Dabei bildet die Öffentlichkeit jenen intermediären Raum, in welchem die Regierten ihre Bedürfnisse in Form von Wahlpräferenzen, Bürgerinitiativen oder Protesten manifestieren und die Regierenden ihre politischen Entscheidungen mit Blick auf die jeweilige Sachlage und ihre eigene Machterhaltung an den Willen der Regierten anzubinden versuchen. In modernen Gesellschaften ist die politische Öffentlichkeit in erster Linie eine massenmedial hergestellte Öffentlichkeit. Während aber der politische Geltungsraum territorial beschränkt ist, tendiert die kapitalistische Wirtschaft zu globaler Interaktion. Da dieser ökonomische Integrationsprozess aber nicht von einer gleichzeitigen Globalisierung nationaler Öffentlichkeiten begleitet wird, resultiert ein doppeltes Defizit: Einerseits fehlt den nationalstaatlichen BürgerInnen ein übergreifender öffentlicher Adressat, an den sie ihre Bedürfnisse richten könnten (Öffentlichkeitsdefizit), andererseits sind die in internationalen oder supranationa-

Autorin:

Mag.^a Gertraud Diendorfer-Ratzenböck, Studium der Geschichte, Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Universität Wien. 1990 bis 1996: langjährige Verlagstätigkeit. Von Juli 1989 bis Juli 1990: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. 1984 Mitbegründerin der Wiener Historikerinnen. Leitende Mitarbeit an Forschungsprojekten zu zeitgeschichtlichen und demokratiepolitischen Themen. Seit Jänner 2000 Geschäftsführende Leiterin des Demokratiezentrums Wien

Kontakt:

diendorfer@demokratiezentrum.org

Fußnoten:

¹ Steinmaurer, Thomas (Hg), Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick (= Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft, Band 10), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002, S. 11–69

² Siehe dazu http://demokratiezentrum.org/de/startseite/themen/mediengesellschaft/medien_und_oeffentlichkeit/index.html

³ Leggewie, Claus: From Voice to Vote: Neue Medien und Demokratie, in: Forum Politische Bildung (Hg); Neue Medien und Politik (= Informationen zur Politischen Bildung Nr. 16), Studien Verlag, Innsbruck/Wien 1999, S. 6–11

⁴ Maier-Rabler, Ursula: Die Rolle von Massenmedien und Internet für die Demokratie in der „Informationsgesellschaft“, Onlinquelle: http://demokratiezentrum.org/de/startseite/themen/mediengesellschaft/e-democracy/e-democracy_-_artikel.html?index=1004

⁵ Siehe <http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissenslexikon.html>

⁶ Siehe dazu: E-Voting – Angebot für eine mobile Gesellschaft, www.presetext.at/pte.mc?pte=060719032, S.1.

⁷ <http://demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/lexikon/e-voting.html>

⁸ Siehe dazu auch: Filzmaier, Peter: E-Government – Ist elektronisches Regieren auch demokratischer, <http://www.politik-digital.de/> 15. April 2002

len Arenen gefällten Entscheidungen mit einem Legitimationsdefizit behaftet, da sie nicht an eine internationale Zivilgesellschaft rückgekoppelt sind.

Dennoch oder gerade deswegen versuchen AkteurInnen der neuen sozialen Bewegungen – etwa Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace oder ATTAC – in ihren medial gut inszenierten und spektakulären Kampagnen die Mechanismen, wie man Medienereignisse produziert, zu nutzen und Öffentlichkeit auf sich zu ziehen, um so Solidarität und Gegenbewegungen in der öffentlichen Meinung zu erreichen. Beispiele im Medienbereich sind „Radio B2“ in Belgrad während des Balkankrieges oder der so genannte „Barfußjournalismus“², ein vorwiegend von Frauen medial organisierter Widerstand gegen die Taliban in Afghanistan. Abseits vom Mainstream versuchen insbesondere Minderheitengruppen und NGOs medial vermittelte Öffentlichkeitsräume zu erobern, was vor allem im Privatradiobereich sichtbar oder an speziellen Minderheitenprogrammen, beispielsweise von Menschenrechtsorganisationen u.a., abzulesen ist. Ein weiterer Maßstab für Demokratiequalität ist sicherlich, inwieweit auch die Stimmen der Minderheiten in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind.

Das Internet als demokratiepolitischer Hoffnungsträger

Mit der rasanten Verbreitung der neuen Kommunikationstechnologien, hier insbesondere des Internets als Medium der Informationsgesellschaft, stellt sich die Frage nach den demokratiepolitischen Möglichkeiten, aber auch nach deren Gefahren. Fördert das Netz die Weiterentwicklung der Demokratie, bietet es mehr Chancengleichheit oder verstärkt es nicht doch eher die sozialen

Ungleichheiten? Wie nutzen die politischen Institutionen die Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien? Wie kann ein Auseinanderdriften zwischen jenen, die Zugang zu den Informationstechnologien und Informationen haben („information rich“), und jenen, die soziale oder bildungspolitische Barrieren überwinden müssen („information poor“), verhindert werden?

Realistische Bilanzen über den demokratischen Gebrauch der Netze zeichnen ein eher ernüchterndes Bild.³ Das Internet ist im Hinblick auf sein demokratiepolitisches Potenzial gesehen kein „Wundermittel“ und vor allem in den Anfangszeiten nach der raschen Verbreitung des Internets waren die an das neue Medium gestellten Erwartungen vielfach überzogen. Doch das Internet ist interessant als schnelles Medium im Kampf um die mediale Aufmerksamkeit im Rahmen der demokratischen Öffentlichkeit, als Instrument politischer Entscheidung und als politische Informationsquelle. Die Bedeutung des Internets als Medium demokratischer Öffentlichkeit sowie als Instrument politischer Entscheidungsprozesse ist, wenn man die Chancen nützt, evident. Allerdings haben die so genannte FreeNet-Bewegung der „Frühzeit“ des Netzes, die „Online Communities“ und Netzinitiativen, in die einiges an Demokratisierungshoffnungen gelegt wurde, angesichts der Kommerzialisierung viel an Kraft und Bedeutung verloren. Dennoch spielt das Internet vor allem in zweierlei Hinsicht eine wichtige Rolle:

Agenda-Setting und Mobilisierungsfunktion

Mittels des Internets kann man die Öffentlichkeit rasch und ohne großen Technikeinsatz für ein Thema sensibilisieren, Kampagnen starten und in Form von Unterschriftenaktionen BürgerInnenbeteiligung und Engage-

ment fördern. Erreicht man genug Aufmerksamkeit, entsteht mitunter auch ein öffentlicher Druck für politisches Handeln. Aktuelle Beispiele dafür sind etwa die Initiative www.hundekot.at, die in Wien mit überraschend hoher Beteiligung gelaufen ist und sehr sensibel für eine Verbesserung im Zusammenleben Mensch und Tier votiert hat, oder die überparteiliche Aktion www.sosorf.at, die sich für einen unabhängigen ORF engagiert.

Mediennutzung durch Jugendliche
Das Internet ist eine Medienoption vor allem für junge Menschen. Sie nutzen dieses Medium stärker als andere Gruppen sowohl in Hinblick auf die Informationsbeschaffung als auch im Meinungsbildungsprozess oder wenn es darum geht, sich aktiv zu engagieren.⁴ Gerade bei den Jugendlichen zeigt sich hier das Gefahrenmoment, „overnewsed but underinformed“ zu sein, also potenziell viel Information zur Verfügung zu haben, die aber nicht unbedingt ermächtigt. Hier sind qualitätsvolle Medienbildung und die Vermittlung von Medienkompetenz gefragt, um eine bessere Mediennutzung sicherzustellen.

Was bedeutet E-Democracy im konkreten politischen Alltag?

Unter dem Begriff E-Democracy werden nicht nur ganz allgemein die demokratischen Potenziale des Internets diskutiert, er subsumiert auch alle Maßnahmen, bei denen Internet-Technologien eingesetzt werden, um BürgerInnen zusätzliche demokratische Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Beispiele dafür sind Online-Wahlen oder politische Diskussionsforen im Netz. E-Democracy steht weiters für Bemühungen, die BürgerInnen durch verbesserte Information, mehr Transparenz und die Förderung von

öffentlichen Meinungsbildungs- und Beteiligungsprozessen stärker in politische Meinungsbildungs- und Selbstorganisationsprozesse einzubeziehen. Im engeren Sinne steht E-Democracy für die elektronische Durchführung der jeweils verfassungsrechtlich vorgesehenen formalen Entscheidungsakte.⁵

Beispiel E-Voting

Die „elektronische Wahl“ (E-Voting) bzw. der Einsatz von Internet-Technologien zur Stimmabgabe bei Wahlen wird schon seit längerem diskutiert, ist jedoch noch kaum umgesetzt. Die BefürworterInnen erhoffen sich davon u.a. eine höhere Wahlbeteiligung vor allem bei der Zielgruppe der Jugendlichen.⁶ E-Voting kam bisher in erster Linie bei Kommunalwahlen oder Interessenvertretungswahlen zum Einsatz. Erste konkrete Schritte zur Ermöglichung von E-Voting in Österreich wurden 2001 mit der Verabschiedung des neuen Hochschülerschaftsgesetzes und des neuen Wirtschaftskammergesetzes, das die rechtlichen Rahmenbedin-

gungen für E-Voting bei Wahlen vorsieht, gesetzt.⁷

E-Government

Hier stellt sich in erster Linie die Frage, inwieweit sich die Beziehung zwischen BürgerInnen und Staat durch E-Government verändert. Durch E-Government kann zwar ein größeres Maß an Unmittelbarkeit erreicht werden, dies heißt aber noch nicht, dass dadurch auch die Möglichkeiten der BürgerInnen steigen, mitzubestimmen und mitzugestalten. Neben Chancen – v.a. für gut ausgebildete BürgerInnen – bietet E-Government aber auch Risiken für weniger Gebildete („digital divide“), wenn den BürgerInnen parallel zu einer weiteren Forcierung von E-Government nicht auch das „Handwerkszeug“ dafür gegeben wird.

In diesem Zusammenhang ist vor allem Transparenz ein wichtiges Kriterium. Der Einsatz von IKT beschränkt sich sehr oft lediglich auf die technische Seite und das Einsparungspotenzial durch Ausgaben-



reduktion. Staat und öffentliche Verwaltung könnten aber transparenter werden und die BürgerInnen die Verwaltungsabläufe somit besser nachvollziehen, was wiederum die Bürgerbeteiligung erhöhen könnte. Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung (kürzere Amtswege etc.) kann auch deren Legitimität stärken, was jedoch voraussetzt, dass auch „schnell“ und BürgerInnen-nah reagiert wird.

Stärker diskutiert wird hingegen vor allem ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt bei E-Government,

nämlich der Datenschutz. Die Wahrung des Datenschutzes ist insofern wichtig, als eine Vielzahl an Daten von und über BürgerInnen verarbeitet wird. Insbesondere NGOs sorgen hier mit ihrem Engagement dafür, dass die Gefahr des gläsernen Menschen durch adäquate politische und legislative Maßnahmen gebannt wird.⁸

Webtipp:

Themenmodul „E-Democracy“ auf der Internetplattform www.demokratiezentrum.org

•Niveau der Computer-Grundkenntnisse von Einzelpersonen (2005), EU-25

